

Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 2010

Der städtische Haushalt ist konzentrierter Ausdruck der Kommunalpolitik. Der Fraktion Die Fraktionslosen geht es mit dieser Stellungnahme nicht um ausgewählte Einzelpositionen des Haushaltsentwurfs, sondern um die Grundzüge kommunaler Finanzpolitik der Stadt Eberswalde. Diese entspricht nach unserer Auffassung nicht den Bedürfnissen der Bürger und nicht den Anforderungen der Zeit. Auch mit dem Haushalt 2010 setzt die Stadt eine verfehlte Strategie fort.

Die Kommunalpolitik ist weniger von eigenen Programmen und Zielstellungen bestimmt, als vielmehr von den Möglichkeiten Fördermittel zu akquirieren. Dies war schon so in Zeiten des Bürgermeisters Schulz und das ist so geblieben unter Bürgermeister Boginski. Mit dem Blick auf Fördermittel hatte sich die Stadt in das wirtschaftliche Desaster der LAGA gestürzt und mit dem gleichen Blick plant die Stadt heute Straßen, Bürgerbildungszentrum und andere Investitionen, die sie ohne Fördermittel unterließe, weil sie die Leistungskraft der Stadt übersteigen.

Wegen relativ geringer finanzieller Einsparungen hat sich die Stadt von den weiterführenden Schulen getrennt und reißt eine Schule nach der anderen ab. Als nächstes ist der Abriss der Schwärzeseeschule geplant. Dabei werden die negativen Folgen für die Ortsteilentwicklung in Kauf genommen. Doch nicht genug, wurden die Schulen unter Verzicht auf ihren tatsächlichen Wert an den Landkreis abgegeben. Die Stadt setzt noch eins drauf und macht sich zum Fördermittelgeber für Schulprojekte des Landkreises (FinowGymnasium).

Eine ausgeglichene Entwicklung der Ortsteile findet auch im Haushalt 2010 keine Berücksichtigung. Bei aller Berechtigung eines Vorranges des engeren Stadtzentrums ist eine derartige Vernachlässigung der Ortsteile nicht zu akzeptieren. Der Entwicklung des Brandenburgischen Viertels mit Hilfe von EU – Mitteln stehen kommunale Entscheidungen entgegen, wie die Bebauung im Bereich der Kreuzung Spechthausener Straße / Eberswalder Straße (die auf die Nahversorgung im Brandenburgischen Viertel Einfluss haben) und wie Entscheidungen zur Schulentwicklung (die das öffentliche Leben im Wohngebiet einschränken, Es bleibt nur noch die Grundschule.). Für den Stadtteil Finow gibt es noch nicht einmal eine Entwicklungskonzeption für das Ortszentrum. Trotzdem werden Entscheidungen zur Flächennutzung und zum Flächenverkauf getroffen, die der Zentrumsentwicklung entgegenstehen (Kinderspielplatz / Parkanlage; Verkauf Schulgrundstück Weineckstraße).

Bei aller Anerkennung der Sanierung und Entwicklung des Stadtzentrum bedürfen die geplanten Maßnahmen dringend einer Prüfung auf Eignung und Nachhaltigkeit. Eine einseitige Orientierung auf Wiederherstellung früherer Bebauungen (z.B. Töpferstraße und Ratzeburgstraße) und damit verbundene Zentrumsverdichtung steht im Widerspruch zu einer notwendigen Modernisierung und bringt verkehrstechnische Probleme, die die Bürger belasten. Den Eichwerder Ring lehnen wir ab, weil wir dafür durchaus andere Möglichkeiten sehen.

Der Versuch der Stadt, Probleme der Stadtentwicklung über die Kommunalen Unternehmen zu lösen, steht im Widerspruch zu den originären Aufgaben, führt zwangsläufig zu deren Überlastung, gefährdet ihre Existenz und bedeutet in der Regel erhöhte Belastungen für die Bürger, mit deren Geld diese Unternehmen arbeiten. Die Sanierung von Gebäuden, der Betrieb bzw. die Verwaltung von Gaststätten und Bürogebäuden durch kommunale Unternehmen müssen unterbleiben.

Die wirtschaftliche Tätigkeit der kommunalen Unternehmen ist nicht unmittelbarer Bestandteil des städtischen Haushaltes. Die Stadtverordneten besitzen darüber nur

Informationen über zurückliegende Zeiträume. Im Sinne einer komplexen Planung aller Wirkungen für den städtischen Haushalt, sollten jedoch auch die Planungen der städtischen Unternehmen in den Haushalt einfließen. So wie einerseits die Stadt als Gesellschafterin dieser Unternehmen Verluste ausgleichen muss, sollten die Unternehmen in schwierigen Zeiten auch einen Beitrag zum Haushaltsausgleich der Stadt leisten. Auf jeden Fall aber muss verhindert werden, dass künftige Verluste der kommunalen Unternehmen die Stadt belasten. Wir akzeptieren nicht, dass trotz extremer Probleme der TWE bis zur Stunde keine Sanierungskonzeption vorliegt und die Firma sehenden Auges auf ihr Ende zugeht.

Die Stadt Eberswalde wirbt für sich unter anderem mit ihrem Bürgerhaushalt. Die Bereitschaft zur Arbeit mit einem Bürgerhaushalt ist lobenswert, bisher aber in Ansätzen stecken geblieben. Fakt ist, dass die angenommenen Bürgervorschläge keine Auswirkungen auf den Haushaltsplan 2010 haben. Sie beschränken sich auf „Prüfungen“ der Machbarkeit. Dabei waren durchaus Vorschläge darunter, die keine Kosten verursacht, sondern Einsparungen bewirkt hätten, wie z.B. der Verzicht auf den Abriss der Schwärzeseeschule.

Im Vorfeld der Haushaltsdiskussion wurde die diesjährige Situation der Haushaltsplanaufstellung sehr kritisch beschrieben. Die Wirtschafts- und Finanzkrise mache harte Einschnitte erforderlich. In Überlegungen zu einer Aufgabenkritik wurden von der Verwaltungsspitze allen Ernstes solche Aufgaben in Frage gestellt, wie die Bibliothek, das Museum, die Außenstellen des Bürgeramtes, gegebenenfalls auch der Zoo Eberswalde. Von dieser Brisanz findet man nichts im Haushalt. Einsparungen werden von den Dezernaten nach dem Gießkannenprinzip gefordert. Die Verwaltung legt einen ausgeglichenen Haushalt vor, wenn auch der Ausgleich nur mit einem Griff in die Rücklagen erreicht wird.

Es ist jedoch besonders fragwürdig, wie angesichts der „kritischen Situation“ das Schulgrundstück Fritz – Weineck – Straße quasi verramscht wurde und die Stadt sogar noch einen Investitionszuschuss in Höhe von 155.000 € an den Landkreis gewährte. Bestandteil der heutigen Tagesordnung ist auch der Verkauf der Turnhalle Potsdamer Allee für den Symbolpreis von 1 € mit gleichzeitiger Anschubfinanzierung in Höhe von 98 T€, obwohl in das Objekt über 500 T€ investiert worden sind. Dies ist mit sparsamer Haushaltsführung ebenso wenig zu vereinbaren wie der Kauf von Grundstücken im Wertumfang von 329 T€, über die allein heute befunden werden soll.

Andererseits begründet die Verwaltungsspitze ihre Forderung nach Verlängerung des Sondertarifvertrages mit der Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung. Statt die städtische Haushaltsführung auf den Prüfstand zu stellen, wird eine völlig unberechtigte Erwartung an die Beschäftigten auf weiteren Lohnverzicht geäußert. Wenn schon bei Personalkosten gespart werden muss und mit Kündigungen gedroht wird, dann stellt sich die Frage, ob 300 T€ - das entspricht etwa zehn Planstellen – für Fortbildung angemessen sind. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass der Haushalt 2010 von der Fortwirkung des Sondertarifvertrages ausgeht, ohne dass es dafür eine reale Grundlage gibt. Die für die Rückkehr zum normalen Tarifvertrag erforderlichen 350 T€ sind nicht im Haushalt eingestellt.

Die genannten Fakten wurden (überwiegend) in der letzten StVV als Stellungnahme zum Haushalt 2010 übergeben. Eine Reaktion darauf war nicht zu erwarten und ist auch nicht erfolgt. Unsere teils sehr grundsätzlichen Kritiken am Haushaltsentwurf 2010 haben keine Chance, im Haushalt berücksichtigt zu werden, denn all diese Kritikpunkte haben bereits gefasste Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zur Grundlage oder finden in der StVV keine Mehrheit. Unsere Fraktion kann deshalb dem Haushalt nicht zustimmen.

